

Kernproblem:

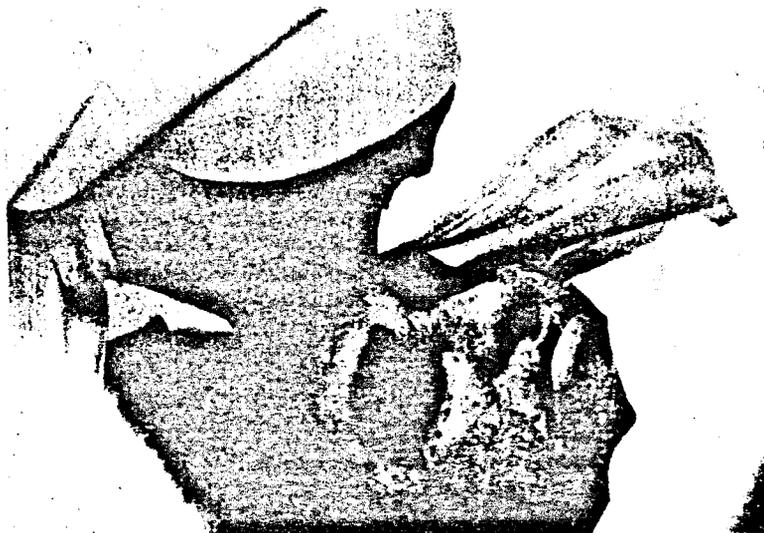
Hochschülerschaft nimmt Stellung zu außenpolitischen Fragen

Sehr geehrter Herr Kollege Schein!

Die ÖH hat durch eine Aussendung an alle Studentenvertreter und Studenten zur Teilnahme an den Aktionstagen für El Salvador aufgerufen. Auf einem von der ÖH herausgegebenen Flugblatt wandte man sich unter anderem gegen jede Form direkter oder indirekter Intervention der USA oder der Nachbarstaaten in El Salvador, gegen jede Bedrohung des befreiten Nicaragua durch die USA und setzte sich für die Anerkennung der Revolutionär-Demokratischen Front und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FDR/FMLN) als legitime Vertreter des salvadorischen Volkes durch die österreichische Bundesregierung ein, um nur die ersten drei Punkte zu wiederholen. Dazu wäre folgendes zu sagen: Man hätte korrekterweise erwähnen müssen, daß die gegen die Junta kämpfenden, linksgerichteten Guerillas von Kuba, der Sowjetunion, Vietnam und Äthiopien mit Waffen versorgt werden. Diese gelangen über Nicaragua, meist auf dem Luftwege, nach El Salvador. Die Guerillas, gegen die sich der Kampf der Junta richtet, werden also keineswegs von demokratischen Kräften unterstützt. Der Hintergrund des Bürgerkrieges in El Salvador ist der Machtkampf der beiden Großmächte Sowjetunion und USA um die Einflußsphären in Zentralamerika. Nach bekannter Methode unterstützt Moskau den revolutionären Kampf linksgerichteter Guerillas und die USA läßt diese Machterweiterung nicht zu, damit sie weiterhin mit der herrschenden Schicht dieses Landes ihre Geschäfte machen kann. Diese Auseinandersetzung wird auf brutale Weise auf dem Rücken der bedauernswerten Bevölkerung El Salvadors ausgetragen, die sowohl von den Rechts- wie auch den Linksextremisten nichts wissen will. Es ist daher fraglich,

ob die Revolutionär-Demokratische Front als legitime Vertreterin des salvadorischen Volkes angesehen werden kann, das heißt, ob dies auch tatsächlich der Wille des überwiegenden Teils der Bevölkerung ist. Daß sich die ÖH in diesem Zusammenhang lediglich gegen die US-Militärhilfe ausspricht, die Waffenlieferungen Moskaus aber nicht erwähnt, läßt ein System hinter dieser Vorgangsweise vermuten, oder reine Unwissenheit, was ebenso bedauerlich ist. Zu Nicaragua, das in dem besagten Flugblatt ebenfalls angesprochen wurde, sollte gleichfalls eine ergänzende Bemerkung gemacht werden. In Nicaragua hat die sandinistische Befreiungsfront Diktator Somoza gestürzt und übt nun die Regierungsmacht aus. Dabei ist sie von der Menschenrechtskommission dieses Landes unterstützt worden. Diese hat beständig Folter an Sandinisten nachgewiesen. Der Vorsitzende dieser Menschenrechtskommission, Gonzales, ist jetzt jedoch von der Regierung verhaftet worden, weil er die Revolutionsregierung der Folter politischer Gefangener wie unter dem Diktator Somoza beschuldigt hat. Die Revolutionsregierung der Sandinisten scheint also ihre Macht keinen Deut menschlicher auszuüben, als es Somoza getan hat. Auch in diesem Fall fällt die Einseitigkeit der Information in dem Flugblatt der ÖH auf. In diesem Zusammenhang sollte darauf hingewiesen werden, daß vor Jahren die ÖH die Verletzung der Menschenrechte in Persien durch den Schah angeprangert hat. Auf Grund eines Hauptausschußbeschlusses wurde ein Hungerstreik persischer Studenten am Domplatz unterstützt. Sowie Khomeini die Macht ergriffen hatte, und seine Revolutionsgerichte laufend Erschießungen ohne Gerichtsverhandlungen durchführten, verstummte die ÖH plötzlich. Man hörte von keinem offiziellen Protest gegen die

Verletzung der Menschenrechte durch das Regime Khomeinis. Die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, eine eklatante Völkerrechtsverletzung persischer Revolutionäre, wurde kommentarlos übergegangen. Die extreme Einseitigkeit der Stellungen der ÖH zu Menschenrechtsverletzungen gipfelt im offiziellen Schweigen der ÖH über die Besetzung Afghanistans durch die Rote Armee. Kein einziges Flugblatt, das zur Solidarität mit dem afghanischen Volk gegen die sowjetischen Imperialisten aufgerufen hätte, wurde je von der ÖH herausgegeben. Kein Wort über die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion selbst. Kein Wort über Waffenlieferungen und Entsendung von Truppen des Ostblocks und Kuba nach Angola, Mosambique und Äthiopien. All dies läßt vermuten, daß den politischen Aktionen der ÖH, wie bereits angedeutet, ein Konzept oder ein Auftrag zugrunde liegt. Und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich die ÖH, bewußt oder unbewußt, zu einem kommunistischen Handlanger entwickelt im Sinne des "nützlichen Idioten", wie Lenin formulierte. Man sollte sich in der ÖH einmal überlegen, ob den Studenten derartige einseitige politische Aktionen nicht auch schon längst aufgefallen sind und sie deshalb von einer Mitarbeit in der ÖH nicht viel halten. Oder daß sie sich von einer ÖH dieses Stils nicht mehr vertreten lassen wollen und es deshalb vorziehen, nicht mehr zur Wahl zu gehen. Die sinkende Wahlbeteiligung wäre ein Anzeichen dafür. Mit studentischem Gruß
Dipl.-Ing. Gerald Hilber
Schanzelgasse 15
8010 Graz



Erzbischof Romero : „Möge jenes Opfer uns Mut geben“

Lieber Kollege Hilber!

Wenn die Welt ein globales Dorf mit 10 Milliarden Menschen wäre, könnten 70 von ihnen nicht lesen, und nur einer hätte Collegebildung. Über 50 würden an Unterernährung leiden, und über 80 würden in Wohnverhältnissen leben, die wir als unzureichend bezeichnen. Zu diesen Fakten wollen wir nicht schweigen. Denn: Wer schweigt stimmt zu. Deswegen hat die ÖH durch eine Aussendung an alle Studenten und Studentenvertreter zur Teilnahme an den Aktionstagen für El Salvador aufgerufen. Deswegen tritt die ÖH für das Recht aller Völker ein (Sprechchor anlässlich der Demonstration im Jänner 80 gegen die Sowjetische Invasion in Afghanistan). Du wirfst nun der ÖH vor, daß einige Informationen verschwiegen werden.

etwa behauptest Du, daß die gegen die Junta kämpfenden Guerilleros von der Sowjetunion und anderen kommunistischen Staaten unterstützt würden.

Diese Waffen gelangen Deiner Meinung nach über Nicaragua nach El Salvador.

Liefert die Sowjetunion Waffen an die Guerilleros in El Salvador!?

Dazu eine Presseerklärung: der nicaraguanischen Botschaft (7.4.: "Der Stop der Wirtschaftshilfe"), der in einem Ton bekanntgegeben wurde, der die Würde und Souveränität Nicaraguas nach Angaben des CIA, die revolutionären Kräfte in El Salvador unterstützt hätte - eine Lüge, die von Nicaragua immer zurückgewiesen wurde und die nur als Vorwand dient, um die Agressionsinteressen der Regierung der USA unter Reagan gegen Nicaragua und gegen die ganze Region in die Wirklichkeit umsetzen zu können.

Nicht Nicaragua, sondern die USA senden Unmengen an Waffen in diese Region, um unpopuläre Regierungen an der Macht zu halten und den Protest der Völker dieses Gebiets in Blut zu erstickern. Und nicht Nicaragua ist die Ursache für diesen Protest, sondern die sozialen Verhältnisse, an denen die USA mit Schuld sind: Sie sollten deshalb nicht so sehr darüber nachdenken, wie sie den Prozeß in Nicaragua rückgängig machen können, sondern vielmehr, wie sie ihre unrealistische und unreife Politik ändern müssen." (gekürzt)

Den Vorwurf, die salvadorensischen Guerilleros werden von der Sowjetunion mit Waffen unterstützt, nahm der US-Amerikanische Delegation mit Herrn Eagleburger an der Spitze keine westeuropäische Regierung ab: Die Europäische Reaktion war nicht nur kühl und argwöhnisch, wie im Falle Frankreichs, sondern auch völliger Geringschätzung gegenüber den amerikanischen Absichten gezeichnet, wie dies im Vereinigten Königreich geschah, wo das Außenministerium trotz der konservativen Einstellung von Margaret Thatchers Regierung die Mission offen ablehnte. Westdeutschlands Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Offergeld, erklärte, die salvadorensische Junta könne sich nur durch institutionalisierte Gewalt und Unterdrückung an der Macht halten und Westdeutschland werde ihr keine wirtschaftliche Unterstützung zukommen lassen. Schwedens Außenminister Ullsten nannte die amerikanisch Militärlieferung "politisch unverantwortlich" (NZZ, 18.2.).

Woher kommen die Waffen?

1.) Durch Überläufer, die sich der Befreiungsbewegung anschlossen.

12. Jänner 1981: Capitán Emilio Mena Sandoval schließt sich mit 300 Soldaten der Garnison Santa Ana der Guerilla an, nachdem der Garnisonskommandant erschossen und alle verfügbaren Waffen

und Geräte mitgenommen wurden.

Aus einem Bericht des Hauptmanns Sandoval: "In unserer Laufbahn wurden wir nicht nur Zeugen der Mißachtung fundamentaler Grundrechte, wie das der freien Wahlen, wir waren das Instrument dieses Wahlbetrugs, indem wir bei den beiden Wahlgängen, die Napoleon Duarte gewann, mit massenhaft gefälschten Stimmzettel die Urnen füllten." "Ebenfalls waren wir Zeugen der totalen Mißachtung der Menschenrechte. Als Mitglieder der Streitkräfte waren wir laufend an Aktionen gegen unser Volk beteiligt. Als Beispiel möchte ich nur das Massaker vom 30. Juli 1978 anlässlich einer Studentendemonstration nennen." "Junge unerfahrene Offiziere wurden

Bürgerkrieg in El Salvador



verpflichtet, barbarische Handlungen an Gefangenen zu begehen, um sie später damit zu erpressen."

"Wenn es Männer waren, wurden ihnen mit der Machete die Köpfe abgeschlagen, auch die Arme und andere Körperteile. Die Frauen wurden erst von den Offizieren vergewaltigt, danach zwang man die einfachen Soldaten, es auch zu tun, dann wurden auch ihnen die Köpfe abgeschlagen." - Soweit der Bericht des Hauptmanns.

Weiters erhalten die Guerilleros ihre Waffen durch

- 2.) Überfälle auf Kasernen der Guardia Nacional
- 3.) Eigenproduktion (Molotow-Cocktails)
- 4.) von Nordamerikanischen und Europäischen Schwarzmärkten (Mafia)

Machtkampf der beiden Großmächte?

Der Befreiungskampf des salvadorensischen Volk wird in unseren Medien oft als Stellvertreterkrieg der Großmächte hingestellt, der von den Links- und Rechtsextremisten dieses Landes auf dem Rücken des bedauernswerten Volkes ausgetragen wird. Tatsächlich ist es aber der Krieg eines Volkes gegen sein eigenes Heer. Das salvadorensische Volk

will sich die fundamentalen Grundrechte erkämpfen: Das Recht auf Ernährung (95 % bekommen zu wenig Kalorien und Proteine), das Recht auf Gesundheit (70 % aller Kinder unter 5 Jahren leiden an Unterernährung und allen Folgekrankheiten), das Recht auf Bildung (Analphabetenrate: 40 %), das Recht auf Arbeit (Arbeitslosigkeit bis zu 50 % auf dem Land, 25 % in der Stadt).

Mit demokratischen Mitteln war ihnen nichts möglich (Wahlschwindel 1972 und 1977), auch der Putschversuch der gemäßigten Militärs (Juventud Militar unter Oberst Majano, 15.Okt.1979) schlug fehl.

So blieb also nur ein Ausweg. - Und man hörte Gerüchte aus dem benachbarten

Nicaragua, daß es auch dort klappte.

Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua?

Wie eine Bombe schlug Anfang Februar in den Westeuropäischen Medien die Nachricht ein, in Nicaragua gäbe es 8000 politische Häftlinge: "Es gibt in Nicaragua zahlreiche politische Gefangene", berichtete José Esteban Gonzales, Vorsitzender der Nicara-



guanischen Menschenrechtskommission, dem Papst anlässlich einer öffentlichen Audienz. "Es gibt 8000 politische Gefangene und 800 Verschwundene" und "das sandinistische Regime wende Folter- und Repressionsmethoden an, die denen sehr ähnlich sind, die in der Vergangenheit die Somoza-Diktatur anwendete."

Zu diesen Vorwürfen nahm eine Gruppe von nicaraguanischen Priestern, Ordensschwestern und Laien Stellung. Hier ein Auszug ihres "Offenen Briefes an die Weltöffentlichkeit" (6.3.81):

"...Das hat Empörung bei diesem Volk hervorgerufen, das unter der somozistischen Guardia ungeheuerliche Foltern und Tod erlitt, das diese verleumderischen Erklärungen im Ausland die Desinformation und das schlechte Bild verstärken; dies wiederum ruft eine Blockade gegen Nicaragua hervor, was einen Stop von Hilfe und die Tatsache, einem ganzen Volk das Brot zu verweigern (Anspielung auf den US-Kredit, Anm. der Red.)...

Sowohl die internationale Juristenkommission aus Genf als auch Amnesty International haben ihre Berichte schon herausgegeben, in denen sie feststellten, daß heute in Nicaragua die Menschenrechte nicht verletzt werden."

"In Nicaragua besteht die Notwendigkeit, über die Verteidigung der Menschenrechte der Gefangenen hinaus die Menschenrechte derjenigen zu respektieren und zu fördern, die immer zur Marginalisierung, Unwissenheit und Elend verdammt waren. Diesen, der Mehrheit unseres Volkes, widmet die Regierung ihre größten Bemühungen und fördert ihre fundamentalsten Rechte, wie die bewundernswerte Alphabetisierungskampagne zeigt, deren Ergebnisse bekannt sind und die den Preis der UNESCO 1980 erhielt. Ihr Koordinator, Pater Fernando Cardenal wurde von zahlreichen Mitgliedern des Englischen Parlaments zum Friedensnobelpreis vorgeschlagen."

Esteban Gonzales hat seine Anschuldigungen gegenüber der nicaraguanischen Regierung zurückgenommen; gegenwärtig gibt es zwar 4300 Gefangene, die aber meist ehemalige Nationalgardisten sind und wegen begangener Kriegsverbrechen einsitzen.

Lieber Kollege Hilber!

Es ist gut, wenn die Hochschülerschaft nicht nur in einer Richtung (von der ÖH zum Studenten hin) funktioniert, sondern auch Rückmeldungen erhält. Kritische Bemerkungen, die zeigen, daß sich der Betreffende Gedanken gemacht hat, sind wichtig und begrüßenswert, auch wenn sie mit den Vorstellungen der Hochschülerschaft nicht übereinstimmen. In diesem Sinne danke ich Dir für Deinen Leserbrief und möchte im folgenden versuchen, einige darin vorkommende Fehlinformationen und Fehlinterpretationen (wie ich meine) zu klären.

Zum Thema El Salvador/Nicaragua hat Hans Riedler vom Lateinamerikakomitee auf den vorangegangenen Seiten Stellung genommen, zur allgemein politischen Arbeit der Hochschülerschaft jetzt ein paar grundsätzliche Worte:

Es ist möglicherweise leicht zu innenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen (Atomkraft, Rüstungsexporte, etc), weil hier Informationen eher leicht zugänglich sind und daher die Meinungsbildung weiter fortgeschritten ist.

Bei außenpolitischen Ereignissen, namentlich in der Dritten Welt, liegen die Dinge anders. Wie sicher auch Dir klar ist, können hier sehr oft die Massenmedien nicht zur Beurteilung der Situation herangezogen werden, weil sie aus Sensationsgier, aufgrund mangelnder Information aus erster Hand bzw. unzulänglicher Recherchen oder durch politische Abhängigkeit, ein verfälschtes Bild der Lage vermitteln.

Die Hochschülerschaft unterstützt daher oft Aktivitäten von Gruppen, die eine sichere und vertrauenswürdige Verbindung zum betreffenden Ereignis haben. In diesem Licht ist die Unterstützung des iranischen Protestes gegen die Unterdrückung durch das Schah-Regime zu sehen.

Nach der Islamischen Revolution verstimmte unser Protest vor allem deswegen, weil in der allgemeinen Verunsicherung und Verwirrung noch keine unterdrückte Gruppe um unsere Unterstützung gebeten hat. Es wäre, glaube ich, doch sehr selbstherrlich und vermessen, sich von unserem isolierten Beobachtungsort Europa aus zum Richter über die Revolution aufzuschwingen, die ja doch, was man nicht vergessen sollte, vom iranischen Volk ausgegangen ist.

Was die Völkerrechtsverletzung durch die Besetzung der US-Botschaft in Teheran betrifft, so sehen wir einen Unterschied in der Mißachtung der Rechte einer Großmacht oder eines unterdrückten Volkes. Supermächte verfügen über eine breite Palette von Möglichkeiten (von diplomatischen bis militärischen Aktionen) zur Wahrung ihrer Interessen, unterdrückte Gruppen sind weitgehend auf unsere Solidarität angewiesen. Wir glauben also, daß die USA in der Lage waren, sich selbst zu helfen, das salvadorische, afghanische usw. Volk jedoch auch auf unsere Unterstützung angewiesen ist.

Noch ein paar Worte zu Afghanistan: wir sind sehr traurig, wenn unser Protest gegen die sowjetische Invasion keine so breite Öffentlichkeit gefunden hat (wie Deine Nichtkenntnis dieser Aktion nahelegt) wie z.B. unsere Unterstützung des Widerstandes in Lateinamerika. Tatsache ist jedoch, daß die Hochschülerschaft maßgeblich an einer Demonstration gegen die sowjetische Besetzung Af-



ghanistans im Jänner 1980 beteiligt war. Zum Thema Ostblock nur kurz ein Hinweis darauf, daß zur Zeit ein Osteuropakomitee im Aufbau begriffen ist. Die Organisationskomitees solcher Aktionen decken übrigens immer einen sehr weiten Bereich des politischen Spektrums ab (im konkreten Fall Afghanistan-Demo beispielsweise vom Kommunistischen Bund bis zur Jungen ÖVP), so daß also die Gefahr des "nützlichen Idioten", der von einer Gruppe ferngesteuert wird, nicht gegeben erscheint.

Die allgemeinpolitische Arbeit der österreichischen Hochschülerschaft darf nicht negativ definiert sein; also nicht gegen den Westen oder Osten, nicht gegen privat- oder staatskapitalistischen Imperialismus (oder was es an Schlagworten noch gibt), sondern für Freiheit und Selbstbestimmung aller Gruppen, für eine echte Demokratie im Sinne der weitestgehenden Selbstverantwortung. Das ist unser Konzept; das ist unser Auftrag. Ich glaube nicht, daß es sehr einseitig ist. Wenn jemand mit der Arbeitsweise der Hochschülerschaft unzufrieden ist, sollte das eigentlich ein Ansporn für ihn sein, selbst mitzuarbeiten und es anders und besser zu machen. Auf alle Fälle aber ist Kritik der bessere Weg, als das Fernbleiben von der Wahlurne.

Robert Schein

